

**ORGANISATIONSTHEORIE ROSA LUXEMBURGS:
GEBURT UND SCHEITERN DER KPD-SATZUNG VON
1919 ALS „DEZENTRALISIERTE ASSOZIATION“**

TETSURO KATO

Reprinted from

HITOTSUBASHI JOURNAL OF SOCIAL STUDIES

Vol. 24, No. 1 August 1992

The Hitotsubashi Academy

Hitotsubashi University

Kunitachi, Tokyo

Japan

ORGANISATIONSTHEORIE ROSA LUXEMBURGS: GEBURT UND SCHEITERN DER KPD-SATZUNG VON 1919 ALS „DEZENTRALISIERTE ASSOZIATION“*

TETSURO KATO

I. *Rehabilitierung der Organisationstheorie Rosa Luxemburgs*

Durch die dramatische Umwälzung 1989 in Osteuropa und 1991 in der UdSSR brach die kommunistische Partei des Lenin-Komintern Types zusammen, vor allem aber das Organisationsprinzip „demokratischer Zentralismus“, dessen „Monolithismus“ die Entartung der zur Befreiung der Menschheit bezweckten Bewegung in Mittel der allgemeinen Unterdrückung herbeiführte.

Heute, wo die Herrschaft der Kommunistischen Partei des Lenin-Komintern-Types gebrochen wurde, wird immer mehr Aufmerksamkeit auf die Organisationstheorie Rosa Luxemburgs gerichtet, die schon sehr früh den „Ultrazentralismus“ von Lenin und den Bolschewiken kritisierte, wie z.B. in „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ (1904)¹ oder „Zur russischen Revolution“ (1918).²

Zum Beispiel stellte Yvonne Thron vom ehemaligen Institut für Marxismus-Leninismus der DDR (jetzt Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin) Fragen danach, ob nicht die Bolschewisierung der KPD der 1920iger Jahre doch nichts anderes als „Stalinisierung“ bedeutete, wie der von der offiziellen DDR-Geschichtsforschung als „antikomunistisch“ gebrandmarkte Herrman Weber in seinem voluminösen Werk behauptete.³

Ihre Selbstkritik erinnert uns an die Lenin-Kritik Rosa Luxemburgs. Thron sieht „Die 21 Bedingungen in der Komintern“ von Lenin als Ursache zur gezwungenen Aufnahme des „Musterstatuts der Komintern“ durch die KPD 1925 und findet in Rosa Luxemburg eine Vorkämpferin gegen deren Organisationsprinzip.⁴

* Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines am 2. November 1991 gehaltenen Vortrags auf dem Internationalen Rosa Luxemburg Symposium, Tokio, Japan. Ich möchte hier Herrn Prof. Dr. Koji Ueda und Frau Sabine Terui meinen Dank aussprechen. Sie haben sich die Mühe genommen, diese Arbeit stilistisch zu verbessern.

¹ Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in, *Rosa Luxemburg Gesammelte Werke* (im folgenden, *Werke*), Bd. 1/2, Berlin (O) 1970, S. 422ff.

² Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in, *Werke*, Bd. 4, 1975, S. 322ff.

³ Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus: Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt (M) 1969.

⁴ Yvonne Thron, Bolschewisierung gleich Stalinisierung?, in, *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 32. Jg. Nr. 5, 1990, S. 579–580.

II. *Vier historische Organisationstypen in der sozialistischen Bewegung im 19. Jahrhundert*

Ich habe 1989 kurz vor der Revolution in Osteuropa in einem Buch mit dem Titel „Sozialismus und Organisationsprinzip“ versucht,⁵ den Wandel der Statuten und Organisationsdisziplinen der sozialistischen Bewegung von ihrer Wiegenzeit an darzustellen, um den „demokratischen Zentralismus“ historisch zu verifizieren.

Dieser meiner Analyse nach sind folgende 4 Typen der Organisationsprinzipien zu unterscheiden.

(1) Typus der „brüderlichen Gleichheit“

—die Neue Harmonie Gesellschaft von Robert Owen

Das Musterbeispiel ist Robert Owens „Statut der Vorbereitungsgesellschaft der Neuen Harmonie.“ Es geht um eine nach außen hin aufgeschlossene kleine gemeinschaftliche Organisation mit folgenden Charakteristika:⁶

- 1) eine zweckbewußte Organisation innerhalb der Gemeinschaft für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (also Zweck und Mittel identisch),
- 2) Gleichberechtigung der Mitgleider und gegenseitige Hilfe,
- 3) Selbstverwaltung der Gemeinschaft durch die Mitglieder, direkte Demokratie mit der Vollversammlung als höchstem Gremium und mit der durch Mitglieder gewählten Organisationsführung, Mehrheitsprinzip, freier Zugang zu Informationen,
- 4) proportionelle Verteilung und Verbrauch der Güter nach der Investition und Leistung des Einzelnen,
- 5) Gewissensfreiheit bei innergemeinschaftlichen Angelegenheiten und Wehrdienstverweigerungsrecht aus Gewissensgründen,
- 6) keine strengen Beitrittsbedingungen, Austrittsfreiheit, Reisefreiheit, Freiheit der Kindererziehung,
- 7) keine weitere Strafmaßnahme als die der Ausschließung aus der Gemeinschaft bei Verletzung der Vorschriften.

Diese Organisationsprinzipien übernahm später die Churchist-Bewegung und auch die Genossenschafts-Bewegung.

(2) Typus des „verschwörerischen Zentralismus“

—Die Gesellschaft der Jahreszeiten von Auguste Blanqui

Dieser Typus steht auf dem Gegenpol zum „Typus der brüderlichen Gleichheit“ im Frühsozialismus und findet seinen Vertreter in der „Gesellschaft der Jahreszeiten“ von Auguste Blanqui etwa zur Zeit des gescheiterten bewaffneten Aufstands 1839.

⁵ Tetsuro Kato, *Sozialismus und Organisationsprinzip*, Vol. 1 (Japanisch), Tokio 1989.

⁶ Address delibered by Robert Owen (27. April 1825), in, *New-Harmony Gasette*, Vol. 1, No. 1 (1 Oct. 1825).

Die ungeschriebenen „Gebote“ haben folgende Charakteristika:⁷

- 1) geheime Organisation zum Sturz des bestehenden Staates durch militärische Gewalt zwecks Verwirklichung einer Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit (scharfe Spannung zwischen Zweck und Mittel),
- 2) tödlicher Haß gegen das bestehende Regime und militärische Disziplin zwecks Durchführung der Revolution durch Gewalt,
- 3) bedingungslose Treue und Hingabe zur Organisation, die über Familieliebe oder Freundschaft geht, Pflicht der Geheimhaltung,
- 4) Ernennung des Führers durch Wahl, absolute Gehorsamkeit gegenüber dem Führer und Höherstehenden, Anonymität der Mitglieder, Verbot der horizontalen Verbindung,
- 5) unbedingte Durchführung des Organisationsbeschlusses, Pflicht ohne Recht, Selbstaufopferung,
- 6) strenge Beitrittsbedingungen und esoterische Aufnahmezeremonie, fehlende Austrittsfreiheit und „Todesurteil gegen Verräter.“

Zu diesem Typus gehören auch die Statuten des Bundes der Geächteten (1834–35) und des Bundes der Gerechten (1838, 1843).⁸

(3) Typus der „zentralisierten Gleichheit“ —Der Bund der Kommunisten

Der Bund der Kommunisten, an dem Marx und Engels maßgeblich beteiligt waren, führte das Gleichheitsprinzip in das Statut des verschwörerischen Bundes der Gerechten ein.

Es gibt zwar Differenzen zwischen dem Entwurf zum Gründungskongreß 1847, dem Statut des zweiten Kongresses des gleichen Jahres, 1848iger-Statut mitten in der Revolution, und dem Statut von 1850 nach der Ausschließung der Karl-Schapper-Gruppe, aber sie wiesen alle deutlich eine Richtung auf, die zwar zentralistische Organisation bezweckte, aber funktionell-praktische Gleichheit beinhaltete.

Das zeigt sich in folgenden Punkten:⁹

- 1) Abschaffung der „Todesstrafe“ und Einführung des Ausschlusses und Entfernung der Mitglieder,
- 2) Vollversammlung als höchstes Gremium und Zentralkomitee als Exekutive,
- 3) öffentlicher Zugang zur Finanzrechnung des Bundes und Befestigung der Ausgaben (50 Prozent für die Zentrale),
- 4) Pflicht zur Beschlußgehorsamkeit und Geheimhaltung,

⁷ Formulaire de réception à la Société des Saisons (1837), in, *Louis Auguste Blanqui: Ecrits sur la Révolution, Oeuvres complètes I*, présenté et annoté par A. Münster, Paris 1977, pp. 126–130.

⁸ Statuten des Bundes der Geächteten („Berg“- oder „Lager“- Statuten, etwa 1834/35), in, IML b. ZKd-SED, *Der Bund der Kommunisten*, Bd. 1, Berlin (O), 1970, S. 975ff; Statuten des Bundes der Geächteten („Allgemeine“ Statuten, etwa 1834/35), *ebenda*, S. 982ff; Statuten des Bundes der Gerechten (1838), *ebenda*, S. 92ff; Statuten des Bundes der Gerechten (Fragment, etwa Januar 1843), *ebenda*, S. 153.

⁹ Statutenentwurf des Bund der Kommunisten (9. Juli 1847), in, *Der Bund der Kommunisten*, Bd. 1, S. 466 ff; Statuten des Bundes der Kommunisten (8. Dez. 1847), *ebenda*, S. 626ff; Statuten des Bundes der Kommunisten (etwa Ende Nov./Anfang Dez. 1848), *ebenda*, S. 876ff; Statuten des Bundes der Kommunisten (1. Dez. 1850), *ebenda*, Bd. 2, S. 331ff.

5) praktisch orientierte Durchführung und Entzeremonisierung der innerparteilichen Angelegenheiten.

(4) Typus des „vertragsmäßigen Dezentralismus“
—SDAP, SAPD und SPD bis 1904

Der ADAV von Lassalle wies, sowohl in dem 1863iger- als auch in dem 1872iger-Statut, den Charakter einer Führer-Diktatur auf.¹⁰

Dagegen lehnten selbst unter dem Versammlungs- und Vereinigungsgesetz und dem Sozialistengesetz die SDAP in ihrem 1869iger- und die SAPD in ihrem 1875iger Statut diese Art Führer-Diktatur ab und stellte ein neues Organisationsprinzip zur Bewahrung der innerparteilichen Demokratie auf.

Das zeigt sich in:¹¹

1) Informationszugänglichkeit und Diskussionen in den Parteizeitungen mit dem Ziel, den Charakter einer Verschwörerorganisation abzulegen und sich zur legalen Massenpartei der Arbeiter zu entwickeln,

2) Einführung der „Kontrolle der Leitungsorgan“ und „Machtteilung“ durch das Kontrollkomitee die Beaufsichtigungsinstitution und Verselbständigung des Parteiorgans, um die Machtzentralisierung im Leitungsorgan zu verhindern,

3) „vertragsähnliche“ Institutionalisierung der „Souveränität und Mitbestimmung der Mitgleider“ durch vorherige Bekanntgabe und nachträgliche Abstimmung der Tagesordnung des Kongresses, und Anerkennung der Veröffentlichungsrechte in dem Parteiorgan,

4) Beitragspflicht der Mitglieder, strenge Kontrolle der Parteifinzen, Bekanntgabe der Honorare der Vorstandsmitglieder und der sonstigen Parteifunktionäre,

5) Verfahrenswiederaufnahme und Schiedsgerichtsbarkeit für die Betroffenen bei Verletzung der Paragraphen des Parteiprogramms bzw. der Mitgliederpflicht,

6) lokale „Machtteilung“ durch die Verselbständigung der lokalen Parteizeitungen und lokalen Politik die Schaffung der lokalen Satzungen, was auch unter dem Einfluß des Versammlungs- und Vereinigungsgesetzes zustande kam.

Dadurch konnte sich die Partei die Unterstützung der Massen sichern und erheblichen Stimmenzuwachs in den Reichstagswahlen erzielen.

Auch die SPD, die sich 1890 in die legale Massenpartei umwandelte, besaß noch bis in die Statuten des Hallenser-Parteitags 1890 und des Mainzer-Parteitags 1900 diese Art „vertragsmäßig dezentralistischen“ Charakter, auch dadurch, daß sie ein mehrpersonales Leitungssystem und verstärkte Abgeordnetenrechte einführte.

¹⁰ Statut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1872), in: Dieter Fricke, *Die Deutsche Arbeiterbewegung, Ein Handbuch, 1869–1914*, Berlin (O), S. 68ff.

¹¹ Parteiprogramm des SDAP (1869), *ebenda*, S. 20ff; Organisation der SAPD (1875), *ebenda*, S. 107ff; Organisation der SPD (1890), *ebenda*, S. 176ff; Organisation der SPD (1900), *ebenda*, S. 194ff.

III. *Der Typus der „dezentralisierten Assoziation“ des KPD-Statuts von 1919 unter dem Einfluß von Rosa Luxemburg*

Im 20. Jahrhundert verwandelt sich der „vertragsmäßige Dezentralismus“ der SPD in einen „bürokratischen Zentralismus“ und dazu gesellte sich der „militärische Zentralismus“ der russischen Bolschewiken und der Komintern.

Während dieser Übergangszeit tauchte die „dezentralisierte Assoziation“ eine kurze Zeitlang auf.

(5) Typus des „bürokratischen Zentralismus“—SPD nach 1905

Die SPD verwandelte sich etwa nach dem Jenaer Statut 1905 in den Typus des „bürokratischen Zentralismus.“ Lenin begrüßte diese Jenaer Statutenänderung der SPD als „Zentralisierung“ der SPD.¹² Dagegen verließ Robert Michels, der 1902 der SPD beitrug, 1907 die SPD und zog aus seinen Erfahrungen während dieser Zeit den sogenannten „eisernen Grundsatz der Oligarchie.“¹³

Die Charakteristika dieser Statutenänderung sind in folgendem zu finden:¹⁴

- 1) Vertikale Eingliederung der Parteiorganisation nach den Wahlbezirken für den Reichstagswahlen,
- 2) Abschaffung der Selbständigkeit der Lokalorganisation und Abkassierung von 20 Prozent der gesamten Lokaleinkommen durch die Zentrale,
- 3) Schlichtungsrecht der Zentrale bei Wahlkandidatenauswahl,
- 4) Verpflichtung der Zugehörigkeit jedes Mitglieds zu einer bestimmten Organisationsstufe innerhalb der Partei.

In Wirklichkeit herrschten Parteibürokraten wie Friedrich Ebert in der Zentrale über die vertikalorganisierte Partei. Damit wurde die SPD zu einer parlamentarischen Partei.

Diese Charakteristika des „bürokratischen Zentralismus“ blieben auch in den geänderten Statuten des Leipziger Parteitags 1909 und des Chemnitzer Parteitags 1912, dann auch nach dem Ersten Weltkrieg in den Statuten des Weimarer Parteitags 1918 und des Heidelberger Parteitags 1925 erhalten und bilden somit den Urtypus der heutigen SPD-Organisation.

Ungeachtet dessen unterscheidet sich dieser Typus vom „militärisch -demokratischen Zentralismus“ in den folgenden Punkten: Er wird bei den Wahlen durch die Wählerschaft ständig beaufsichtigt, er erkennt die Machtteilung an und ist nicht immer mit der Staatsbürokratie verwachsen, er legt mehr Wert auf die alltägliche Interessen und Durchführbarkeit seiner Politik als auf ideologische Einheitlichkeit, und ferner akzeptiert er den theoretischen und weltanschaulichen „Pluralismus.“

¹² W.I. Lenin, Der Jenaer Parteitag der SPD, in, IML b. ZKdSED, *W.I. Lenin über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung*, Berlin (O), 1957.

¹³ Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der Modernen Demokratie: Untersuchungen über die Oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig 1911.

¹⁴ Organisation der SPD (1905), in, Dieter Fricke, *a.a.O.*, S. 208ff. Vgl. *Protokoll des SPD-Parteitags. USPD, Protokoll über Verhandlungen des Parteitags.*

(6) Typus des „militärischen Zentralismus“
—Russische Bolschwiki und die Komintern

Russische Bolschwisten unter dem zarischen Despotismus bildeten, verschwörerische Tradition der Narodnik und die Machtzentralisierung des Jenaer Statuts zum Vorbild nahmen, eine sektiererische militärische Parteiorganisation, die Rosa Luxemburg als „Ultrazentralismus“ bezeichnete.

Der „demokratische Zentralismus“ ist gekennzeichnet:¹⁵

- 1) durch die Forderung der „eisernen militärischen Disziplin“,
 - 2) durch die bedingungslose Durchführung der Beschlüsse der jeweils höher stehenden Instanzen,
 - 3) durch die strenge Einheitlichkeit der Ideologie und Weltanschauung und durch die Gleichsetzung andersartiger Meinungen und Abtrünnigkeit mit verbrecherischen Aktivitäten,
 - 4) durch das Verbot der horizontalen Verbindung unter den Parteimitgliedern und der Fraktionsbildung,
 - 5) durch die zentrale, geheime Verwaltung der Parteifinanzen,
 - 6) durch die Sicherung der Führung und Herrschaft über die außerparteilichen Massenorganisationen und die Staatsorgane durch innerparteiliche „Transmissionsriemen.“
- Dieser Typus vervollkommt sich in den „21 Bedingungen zur Aufnahme in die Komintern“ 1920 und dem „Musterstatut“ der Kommunistischen Internationale 1925.

(7) Typus der „dezentralisierten Assoziation“
—KPD von 1918/19

Es stellt sich die Frage, wie sich das Parteiorganisationskonzept Rosa Luxemburgs zu diesen 6 historischen Typen verhält. Mir scheint bei der Analyse der Geburtsstunde der KPD Ende 1918, daß der Schlüssel zu dieser Frage in dem Statut des zweiten KPD-Parteitags 1919 zu finden ist.

Erstens: Rosa Luxemburg stellte das „Selbstbestimmungsprinzip“ der SDAP der „Diktatur“ und dem „äußersten Zentralismus“ der ADAP gegenüber und schätzte die erstere Richtung so ein, daß sie „den großen Initiativegeist der Arbeiterklasse unter die breite Schichten durchdringen ließ.“ Rosa war gegen die Dezentralisierung, nicht gegen den „Zentralismus“ schlechthin, aber kritisierte den „Ultrazentralismus“ von Lenin als Fortsetzung der Politik der Lassalle-Gruppe.¹⁶

Zweitens: Rosa besaß die Erfahrung der „totalen Freiheit der Kritik und der Gestaltung der eigenen Bewegung“ im Spartakusbund innerhalb der USPD, und beharrte bei der Gründung der KPD Ende 1918 auf „Sozialistische Partei“ statt „Kommunistische Partei“, „um die Revolutionäre aus dem Osten und die Sozialisten Westeuropas zu verbinden,“ was mit 3 gegen 4 Stimmen abgelehnt wurde. Rosa war auch nicht überzeugt von der Gründung

¹⁵ Vgl. B. Brunner, *Das Parteistatut der KPdSU*, Köln 1964. R.H. McNeal ed., *Resolutions of the CPSU*, 5 Vols., Toronto 1974–82. J. Degras ed., *The Communist Internationale 1919–43, Documents*, 3 Vols., London/New York/Toronto 1956–65.

¹⁶ Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in, *Werke*, Bd. 1/2, S. 439.

der neuen Internationale.¹⁷

Drittens: Auf dem Gründungsparteitag berichtete Rosa über Parteiprogramm, und Hugo Eberlein über organisatorische Fragen. Beide Berichte bilden eine Einheit, und der Eberlein-Bericht darf als ein Ausdruck der Organisationstheorie Rosas angesehen werden. Kurz noch vor ihrer Ermordung erklärte Rosa, „Deutschland ist seit jeher ein klassisches Land der Organisation,“ kritisierte den „organisatorischen Fetischismus“ und appellierte „zur Aktion.“¹⁸

Die zu solcher Aktion mindest-notwendige Organisationsweise findet im Bericht Eberleins ihren Ausdruck. Hier findet man die dezentralistische Tendenz:¹⁹

- 1) „betriebskonzentrierte, politische Aktionsorganisation statt bürokratischen Wahlverbundes,“
- 2) „vollständige Selbständigkeit“ der Betriebs- und Wohngebietsorganisationen,
- 3) Beschränkung der Aufgaben der Zentrale auf die „Zusammenführung der geistigen und politischen Führung,“
- 4) Unterbindung der zentralen Kontrolle der lokalen Parteizeitungen,
- 5) kurzes, leicht verständliches Statut, das den lokalen Organisationen maximale Freiheit garantiert.

Die Partei an sich wurde als eine „Assoziation“ oder „Vereinigung“ der selbständigen Betriebs- und Wohngebietsorganisationen konzipiert.

Viertens: Auf dem Gründungsparteitag gab es keinen Entwurf des Statuts. Erst im Frühling 1919, nach der tragischen Ermordung Rosa Luxemburgs, wurde das Statut entworfen, im Juni des Jahres auf der ersten Reichskonferenz diskutiert und angenommen, trat dann erst im Oktober auf dem zweiten Parteitag in Kraft. Deshalb konnte Rosa mit diesem Statut der KPD 1919 nicht mehr direkt zu tun gehabt haben; trotzdem kann man sie dem Inhalt nach als einen Ausdruck der Parteikonzeption Rosas ansehen.

Dieses Statut hatte folgende Charakteristika:²⁰

- 1) ein recht kurzes bündiges Statut aus nur 8 Artikeln und ohne Präambel (wie bei der SDAP),
- 2) lokale Organisationen besitzen das Recht, „im Rahmen der Parteigrundsätze und Parteibeschlüsse“ „selbständige, eigene Satzungen“ zu bestimmen,
- 3) lokale Organisationen sind nicht nach den Wahlbezirken (wie bei der SPD), sondern von den einzelnen Betrieben her von unten organisiert,
- 4) der Parteitag hat das vollkommene Proportionalvertretungssystem und wird mindestens einmal im Jahr abgehalten (also Verwirklichung der Forderungen der linken Sozialdemokraten),
- 5) auf dem Parteitag werden keine Beaufsichtigungsinstitutionen des Zentralkomitees eingerichtet, aber er wird durch strenge Wahlen und Abberufungen beaufsichtigt und

¹⁷ Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt (M) 1969, S. 103, 27, 141.

¹⁸ Rosa Luxemburg, Versäumte Pflichten (Die Rote Fahne, Nr. 8 vom 8. Januar 1919), in, *Werke*, Bd. 4, S. 524.

¹⁹ Rosa Luxemburg, Unser Programm und die politische Situation; Hugo Eberlein, Unsere Organisation, in, Hermann Weber hrsg., *Der Gründungsparteitag der KPD, Protokoll und Materialien*, Frankfurt (M) 1969, S. 189ff, 239ff.

²⁰ Entwurf zu einer Satzung der KPD (Spartakusbund), in, IML b. ZKdSED, *Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. VII/1, Berlin (O) 1966, S. 103ff.

außerdem sind alle Zentralkomiteemitglieder vollkommen gleichberechtigt und beaufsichtigt sich gegenseitig,

6) 10 Prozent der Mitgliederbeiträge gehen in die zentrale Kasse, und dieser Prozentsatz ist sehr niedrig gehalten, gegenüber dem 25% der damaligen SPD und dem 20% der USPD. Übrigens lag bei der KPR diese Zahl auch bei 10%,

7) die lokale Parteizeitungen sind selbständig, das ZK hat kein Recht, sich ins Redaktionsrecht einzumischen, sondern lediglich nur das Recht, Gegenargumente drucken zu lassen,

8) Bestimmungen über besoldete Parteiangestellte aller Gremien sind explizit in den Statuten ausgedrückt (deutsche Tradition).

IV. *Von der dezentralisierten Assoziation zum militärischen Zentralismus*

Inzwischen wurde aber im März 1919 trotz der Gegenargumente der KPD-Vertreter, Eberlein, der den Willen Rosa Luxemburgs fortsetzte, die Komintern unter der ausdrücklichen Führung von Lenin und Zinoviev gebildet, und die KPD wurde unter diese Dachorganisation eingegliedert (die KPD enthielt sich schließlich ihrer Stimme).

Nach der Anerkennung der „21 Bedingungen“ im August 1920 und dem Zusammenschluß der USPD mit der KPD im Dezember des Jahres, wurden die Organisationssatzungen der VKPD 1920 entworfen. Darin wurde die Durchführung der Beschlüsse als „Pflicht der Parteimitglieder“ definiert, alle Parteizeitungen von der Zentrale beaufsichtigt, parlamentarische Fraktionsbildung und Einlieferung von 30% der Mitgliederbeiträge in die Zentrale bestimmt, und somit wurde die Zentralisierung durchgesetzt. Trotzdem blieb in diesen Satzungen noch die deutsche Tradition erhalten, wie die lokalen satzungsbestimmenden Rechte in Vereinbarung mit dem höheren Gremium, mehrköpfiger Vorsitz gemäß der USPD-Bestimmungen oder Einwänderechte der aus der Partei Ausgeschlossenen, und Schiedsgerichtsbarkeit.²¹

In den Jenaer KPD-Satzungen 1921 wurde zum erstenmal in der deutschen Arbeiterbewegung der demokratische Zentralismus, also der strengste Zentralismus mit militärischer Disziplin, gemäß der „21 Bedingungen“ schriftlich festgelegt. Der mehrköpfige Vorsitz wurde abgeschafft. Stattdessen wurden das Politbüro und das Organisationsbüro eingerichtet und der neue Artikel „Disziplin“ eingeführt: Dort hieß es, „KPD ist eine zentralistische Parteiorganisation und in den eigenen Reihen müssen strenge Disziplinen bewahrt werden. Beschlüsse der Organisation und die von deren Führung müssen bedingungslos durchgeführt werden.“ Hiermit ging die KPD organisatorisch total von der „dezentralisierten Assoziation“ ab.²²

Ferner wurden aus der Niederlage der KPD im Oktoberkampf 1923 Lehren gezogen, wie das Fehlen der „zentralistischen Partei, die frei von Sektiererei, Fraktionsbildung“ oder der monolithischen Partei aus einer einzigen Seele. Auf diesen „deutschen Lehren“ beruhend wurde der „Luxemburgismus“ wie auch der „Trotzkismus“ kritisiert und fast

²¹ Organisationssatzungen der VKPD (1920), *ebenda*, S. 380ff.

²² Organisationssatzungen der KPD (1921), *ebenda*, S. 560ff.

alle Zweigstellen der Welt, also die einzelnen KP-Organisationen waren gezwungen, sich gemäß dem „Musterstatut“ von 1925 zu organisieren.

Bei der KPD vollzog sich dieser Prozeß in dem Statut von 1925. Durch voreilige Bildung der Internationale, wie sie Rosa Luxemburg befürchtet hatte, wurde die KPD vollkommen von der eigenen langen Tradition als Arbeiterpartei abgeschnitten und „bolschewisiert und zentralisiert.“²³

V. *Umstürzung des „militärisch-zentralistischen“ Parteistaats durch „die Revolution von dem Forum und dem Rundtisch“*

Die militärisch-zentralistische Partei, die gleich dem Staat zu setzen war, wurde im Laufe der Kettenrevolutionen in Osteuropa durch Volksbewegungen vom Typ des „Forums“ umgestürzt.

Diese Bewegungen haben den Charakter:

- 1) einer amorphen Widerstandsbewegung der Bürger,
- 2) einer Diskussionsarena mit eigenem Netzwerk,
- 3) einer spontan-aufgeschlossenen und provisorischen Kampfführung ohne feste Führungsform.

Friedlicher Machtwechsel wurde durch den „Rundtisch“ vom „Forum“ der Bürgerbewegungen und den Vertretern der ehemaligen Machtpartei ermöglicht.

Das „Forum“ stimmte in seiner Selbstbestimmung, seinem Dezentralismus und seinem horizontalen Netzwerk mit der „dezentralisierten Assoziation“ Rosas überein. Es unterscheidet sich aber von ihr in einigen Punkten:²⁴

Es war keine „Klassen-“ sondern eine „Bürger-“ Organisation, keine „politische Aktionsorganisation,“ sondern ein „Diskussionsforum“ und enthielt vom Anfang an über weltanschauliche Unterschiede hinweg den „Pluralismus.“ Daher sollte es zu keinem neuen „sozialistischen“ Typus, sondern zum neuen „demokratischen“ Typus gezählt werden, wie der „Klub“ bei der französischen Revolution, die Paris „Kommune“ von 1871 oder die „Grünen“ und die „neue soziale Bewegung“ heute.

Zur Diskussion gestellt wird der Begriff des „Sozialismus“ an sich, von dem einst auch Rosa Luxemburg träumte, und die gegenwärtige Aufgabe der Volksmassen in der „Massendemokratie“ besteht in des „Forumisierung des Alltags aus der Lebenswelt heraus.“

HITOTSUBASHI UNIVERSITÄT

²³ Statut der KPD (Sektion der KI, 1925), *ebenda*, Bd. VIII, S. 171ff.

²⁴ Tetsuro Kato, *Osteuropäische Revolution und Sozialismus* (Japanisch), Tokio 1990.